

# DER GRÜNE PARLAMENTS-KURIER


GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND

www.fraktion.gruene-saar.de • Ausgabe 1 - 2015




## > NEWSTICKER <


### UNTERRICHTSAUSFALL WIRKSAM BEKÄMPFEN! LEHRERRESERVE AUFSTOCKEN!

 Laut einer Studie des Deutschen Philologenverbands fallen bundesweit rund 8,5 % aller Schulstunden ersatzlos aus. Auch das Saarland ist für personelle Engpässe im Lehrerbereich nicht ausreichend gerüstet. Alleine die beruflichen Schulen haben im vergangenen Schuljahr einen Ausfall von 500 Stunden verbucht. Vor diesem Hintergrund halten wir die geplante Streichung von 112 Lehrerstellen in diesem Haushaltsjahr für sinnwidrig. Wir fordern von Bildungsminister Ulrich Commerçon, auf diesen Stellenabbau zu verzichten und die Mittel für die mobile Lehrerreserve aufzustocken. Die Landesregierung muss auch an beruflichen Schulen eine „Lehrerfeuerwehr“ einrichten und generell die Lehrerreserve besser auf die Schulen verteilen.

### DISKUSSION UM DROGENPOLITIK BRAUCHT WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGE

 Debatten im Bereich der Drogenpolitik werden seit Jahrzehnten ideologisch geführt und sind häufig von Vorurteilen geprägt. Es wird Zeit, dass hier endlich ein Umdenken stattfindet. Um dies zu erkennen, genügt es schon, sich die vielen negativen Folgen der jetzigen Drogenpolitik vor Augen zu führen: Sie hat dazu geführt, dass sich ein Schwarzmarkt etablieren konnte. Drogen können leicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen geraten. Das Ziel, einen Rückgang der Drogenkriminalität und Zahl der Drogenopfer zu erreichen, wurde verfehlt. Wir fordern daher eine konstruktive und unvoreingenommene Debatte über den Schaden und Nutzen der aktuellen Drogenpolitik. Diese muss auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse geführt werden.

### AUSBAU DES RADWEGENETZES SCHNELLER VORANTREIBEN!

 Die Landesregierung hinkt bei der Umsetzung des saarländischen Radverkehrsplans meilenweit hinterher. Darin war vorgesehen, das Streckennetz mit einer Länge 700 Kilometern auf 1200 Kilometer auszubauen. Wie eine Anfrage unserer Fraktion ergeben hat, sind seit 2012 jedoch erst neun Kilometer hinzugekommen. Die Landesregierung zeigt keine wirklichen Anstrengungen, um den Ausbau voranzutreiben. Für die Umsetzung des Radverkehrsplans ist nicht einmal ein eigener Titel im Landeshaushalt vorgesehen. Sämtliche Mittel stammen vom Bund. Wie hoch diese künftig sein werden, ist völlig unklar. Wir fordern von der Landesregierung, den Ausbau des Radwegenetzes im Saarland endlich voranzutreiben. Sie muss außerdem bekannt geben, welche konkreten Maßnahmen sie bis zum Jahr 2020 plant.



Montage Fotolia / freeimages / djearwicke

**Die Landesregierung spielt die Gefahr, die von Giftstoffen unter Tage ausgeht, noch immer herunter. Bei der Genehmigung der Flutung des Bergwerks Saar hat sie sogar offenbar rechtswidrig gehandelt. Die Landesregierung muss uns endlich Rede und Antwort stehen. Daher werden wir einen Untersuchungsausschuss zum Thema Grubenwasser beantragen.**

Wie viel Gift lagert in den saarländischen Gruben? Die Fakten, die der Bericht eines Untersuchungsausschusses aus dem Jahr 1984 ans Licht gebracht hat, sind besorgniserregend. Demnach wurden im saarländischen Bergbau zwischen den Jahren 1979 und 1983 rund 1500 Tonnen hochgiftiger PCB-haltiger Hydrauliköle verwendet. Die Landesregierung hat uns diese Informationen trotz mehrfacher Anfragen vorenthalten.

Es ist nicht auszudenken, welche verheerenden Folgen die vom RAG-Konzern geplante Grubenflutung auf die Umwelt haben wird. Im Falle eines Grubenwasseranstiegs würden die unter Tage lagernden Giftstoffe ausgespült und ins Oberflächenwasser gelangen. Schon geringste Mengen PCB reichern sich über die Nahrungskette im Körper von Mensch und Tier an. Diese Stoffe können unter anderem zu Schädigungen der Leber, der Nieren und des Nervensystems führen.

Wie viele Giftstoffe nach dem Ende des Bergbaus unter Tage verblieben sind, kann die Landesregierung bis heute nicht beziffern. Es ist allerdings davon auszugehen, dass es sich um enorme Mengen handelt. Denn aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses geht hervor, dass zwischen 1979 und 1983 lediglich für 19 der 1500 Tonnen PCB-haltiger Öle ein Entsorgungsnachweis erbracht werden konnte.

Der Landesregierung fehlen also entscheidende Fakten, um die Gefahren eines kompletten Grubenwasseranstiegs bewerten zu können. Das hat sie jedoch nicht davon abgehalten, eine Stellungnahme zum geplanten Wasserhaltungskonzept der RAG abzugeben. Unabhängige Gutachten zu sämtlichen möglichen Folgen eines Grubenwasseranstiegs, die wir schon mehrfach gefordert haben, hat sie hingegen noch immer nicht in Auftrag gegeben.

weiter Seite 2 >

**AKK BEKENNT SICH ZU  
KOHLESTROM**

2

**FRANZÖSISCHUNTERRICHT  
FÜR ALLE AB KLASSE 1**

3

## GEFAHR AUS DER TIEFE

### WIE VIEL GIFT SCHLUMMERT IN DEN GRUBEN?

Die Konzerninteressen der RAG werden hier über die Gesundheit der Bevölkerung gestellt. Anders lässt es sich auch nicht erklären, weshalb die Landesregierung im Jahr 2013 einer Teilflutung des Bergwerks Saar hinter dem Rücken des Parlaments und der Bevölkerung zugestimmt hat. Es ist völlig unklar, welche Mengen an Giftstoffen in vielen Hundert Metern Tiefe bereits freigesetzt wurden und Richtung Oberfläche gelangen.

Die Landesregierung hat sich hierbei sogar über die Empfehlungen ihrer eigenen Landesbehörden, dem Oberbergamt und dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz, hinweggesetzt. Nach Einschätzung des Oberbergamts hat sie sogar gesetzeswidrig gehandelt, da für die Genehmigung statt eines Sonderbetriebsplans ein Abschlussbetriebsplan hätte vorgelegt müssen. Darin hätte die Landesregierung umfassend die Auswirkungen der Flutung auf die Umwelt prüfen und die Bevölkerung über den Genehmigungsprozess informieren müssen. Offenkundig wollte sie sich aber dieses Verfahren sparen.

Wir lassen nicht zu, dass sich die Landesregierung länger aus der Verantwortung stiehlt. Daher werden wir mit den anderen Oppositions-Fraktionen in der Plenarsitzung am 18. März einen Untersuchungsausschuss beantragen, um endlich für Transparenz und Aufklärung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes zu sorgen.

Hier unsere Anfragen:

[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_0842.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_0842.pdf)

Wasserhaltungskonzept der RAG AG für das Saarland  
Vom 18.03.2014: **unbeantwortet**

[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_0888.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_0888.pdf)

Giftstoffe unter Tage und Gefährdung des Oberflächen- und Grundwassers durch die Pläne der RAG AG zur Flutung  
Vom 17.04.2014: **unbeantwortet**

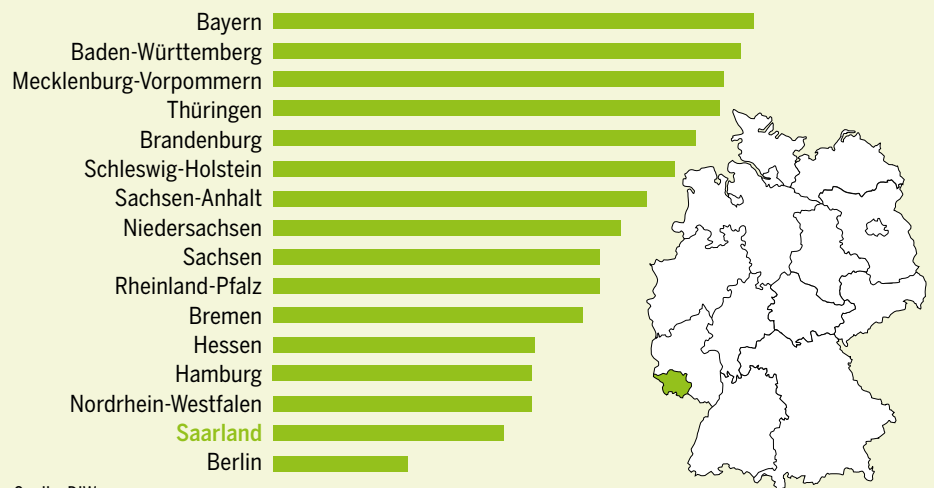
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_0921.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_0921.pdf)

PCB unter Tage und Gefahren durch den Grubenwasseranstieg  
Vom 22.05.2014: **unbeantwortet**

# AKK BEKENNT SICH ZUM KOHLESTROM: BANKROTTERKLÄRUNG AN DIE ENERGIEWENDE!

Die saarländische Ministerpräsidentin und ihre Stellvertreterin haben sich jüngst für den Erhalt der Kohlemeiler und weitere Subventionen ausgesprochen. Beim wichtigen Ausbau der Erneuerbaren Energien hinkt das Land im Bundesvergleich weit hinterher.

### Bundesländer-Vergleichsstudie 2014 zur Nutzung Erneuerbarer Energien



Umweltverpestende Kohlekraftwerke statt umweltfreundliche Windkraftanlagen – darauf scheint die Landesregierung neuerdings zu setzen. Erst kürzlich haben sich Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und ihre Stellvertreterin Anke Rehlinger für den langfristigen Erhalt der Kohlemeiler im Land ausgesprochen. Die Landesregierung will die Kraftwerke weiter subventionieren und so sicherstellen, dass sie von der tatsächlichen Stromproduktion unabhängig bleiben. Damit ist die Ministerpräsidentin auf dem besten Weg, die Struktur von Großkraftwerken zu zementieren.

Wir verurteilen diese rückwärtsgewandte Energiepolitik aufs Schärfste. Die Landesregierung hat bislang nicht nur den Windkraftausbau sträflich vernachlässigt. Sie bekennt sich zu alledem noch zum klimafeindlichen Kohlestrom.

Das Saarland belegt laut einer aktuellen Studie bei der Nutzung der Erneuerbaren Energien sogar einen traurigen vorletzten Rang. Die Landesregierung muss dringend mehr in

Wachstumsmärkte investieren und den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Windkraftprojekte dürfen nicht länger durch hinausgezögerte Genehmigungsprozesse blockiert werden.

Der Ausbau der Windenergie birgt enorme Wertschöpfungspotenziale für unsere Region. Die Landesregierung muss endlich finanzielle Anreize für die Kommunen schaffen, damit die Bereitschaft für Investitionen in Windenergieanlagen steigt. Wir brauchen gesetzliche Regelungen, damit die Städte und Gemeinden für solche Investitionen Kredite aufnehmen dürfen. Wir werden nicht zulassen, dass die Landesregierung mit ihrer klimafeindlichen Energiepolitik das Ziel der Energiewende in immer weitere Ferne rückt.

Hier unsere Anfrage:

[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_1206.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1206.pdf)

Ausbauziele der Landesregierung für Erneuerbare Energien im Saarland

# Weichen für Mehrsprachigkeit stellen: Französischunterricht für alle ab Klasse 1



Klaus Kessler

Die Landesregierung will Französisch langfristig als zweite Verkehrssprache in unserer Region etablieren. Damit dies gelingt, müssen wir die frühe schulische Sprachförderung stärken. Wir fordern, das Fach Französisch bereits verbindlich ab der Klassenstufe 1 einzuführen.

Das Saarland soll zur Modellregion für Mehrsprachigkeit werden. Dieses Vorhaben hat sich die Landesregierung mit ihrer Frankreichstrategie zum Ziel gesetzt. Im Eckpunktepapier zu dieser Strategie heißt es, dass die Saarländerinnen und Saarländer spätestens in 30 Jahren Französisch als zweite Verkehrssprache neben Deutsch beherrschen sollen.

Dieses ambitionierte Vorhaben kann nur gelingen, wenn eine gezielte Sprachförderung bereits im Kindesalter einsetzt und lückenlos fortgesetzt wird. Wissenschaftliche Studien haben nachgewiesen, dass Kinder vom frühen Sprachenlernen entwicklungspsychologisch am meisten profitieren.

Bei der frühkindlichen Sprachförderung befindet sich das Saarland bereits auf einem guten Weg. Mehr als 180 Kindertageseinrichtungen bieten zweisprachige Bildung und Erziehung an. Diese Angebote müssen weiter ausgebaut werden.

## LÜCKENLOSE SPRACHFÖRDERUNG IST ENTSCHEIDEND

Allerdings besteht im Schulbereich Nachholbedarf. Denn unterbrechungsfrei können viele Kinder im Saarland Französisch bislang nicht lernen. Gerade einmal 42 von 162 Grundschulen bieten Französischunterricht bereits ab

Klassenstufe 1 an. Verbindlich vorgeschrieben ist das Fach erst ab der dritten Klasse.

Um die wichtige kontinuierliche Sprachförderung zu gewährleisten, fordern wir von der Landesregierung, verbindlichen Französischunterricht bereits ab Klassenstufe 1 einzuführen. Nur auf diese Weise erhalten alle Grundschulkinder im Saarland die Chance, auf altersgemäße Art die Sprache unserer Nachbarn zu lernen. Eine solche Regelung ist auch wichtig, damit alle Schülerinnen und Schüler ein einheitliches Sprachniveau beim Wechsel auf eine weiterführende Schule erreichen können. Ab Klassenstufe 5 muss der Französischunterricht dann durch Englisch als wichtigste Weltsprache ergänzt werden.

Wir fordern von Bildungsminister Commerçon, dieses Sprachkonzept im Rahmen eines Stufenplans umzusetzen. Spätestens ab dem Schuljahr 2018/19 muss Französisch an allen Grundschulen ab Klassenstufe 1 angeboten werden.

---

## Fatale Hochschulpolitik: Landesregierung zwingt Saar-Uni in Abwärtsspirale



Michael Neyses

Die Ministerpräsidentin verordnet den Hochschulen im Land einen strikten Sparkurs und verlangt ihnen gleichzeitig mehr Leistung im Lehr- und Forschungsbereich ab. Diese Forderungen sind sinnwidrig und illusorisch.

Fordern statt fördern: Dieses Motto scheint sich die Landesregierung beim Thema Hochschulfinanzierung auf die Fahnen geschrieben zu haben. Sie stellt jährlich deutlich weniger Landesmittel für die Hochschulen im Land zur Verfügung und zwingt sie damit zum erheblichen Rückbau. An der Saar-Uni müssen manche Fakultäten sogar mit Sparquoten von bis zu 30 Prozent rechnen.

Gleichzeitig verlangt die Landesregierung der Universität jedoch ab, ihre Leistung im Lehr- und Forschungsbereich zu verbessern und sogar einen neuen Sonderforschungsbereich einzuwerben. Doch wie soll dies der

Hochschule gelingen, wenn sie für ihre Forschungen nicht mehr genügend wissenschaftliches Personal beschäftigen kann?

Auch die Forderung der Landesregierung, die Studierendenzahlen auf einem konstanten Niveau zu halten, ist illusorisch. Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer setzt mit dieser fatalen Hochschulpolitik die Attraktivität des Saarlandes als Forschungs- und Bildungsstandort aufs Spiel. Über diese Tatsachen versucht sie hinwegzutäuschen, indem sie das zu erwartende Defizit bis zum Jahr 2020 schönrechnet. Zunächst hieß es, die Hochschulen müssen mit einer Einsparquote von 20 Prozent kalkulieren. Inzwischen wurde die Zahl auf 7,5 Prozent korrigiert.

## LANDESREGIERUNG BETREIBT SCHÖNFÄRBEREI

Die Berechnungsgrundlage der Landesregierung ist jedoch mehr als fraglich. Zwar kann sie mit frei werdenden Bafög-Mitteln und Mitteln aus dem Hochschulpakt kalkulieren. Doch wie hoch die Tarifkostensteigerungen künftig ausfallen werden, ist unklar. Die berechneten Steigerungsquoten von 0,5 bis zwei Prozent sind zu

niedrig gegriffen. Bei höheren Tarifabschlüssen, die im Übrigen auch der Personalrat der Uni für wahrscheinlich hält, entstehen den Hochschulen auch höhere Personalkosten. Diese sind von der Landesregierung ebenso wenig einkalkuliert wie die Tatsache, dass die Saar-Uni jährlich 29 Millionen Euro an die Homburger Uniklinik abführen muss.

Von Planungssicherheit kann also keine Rede sein. Noch immer hat die Ministerpräsidentin nicht bekannt gegeben, in welcher Form die Hochschulen die frei werdenden Bafög-Ersatzgelder erhalten werden. Damit sie diese Mittel zielgerichtet zur Verbesserung des Lehr- und Forschungsangebots nutzen können, müssen sie ihnen zur Grundfinanzierung überlassen werden. Dass die Landesregierung eine solche Regelung bislang ablehnt und den Hochschulen darüber hinaus den Darlehensanteil der Ersatzgelder vorenthält, widerspricht dem Grundgedanken der Bafög-Reform.

Die Ministerpräsidentin darf sich nicht länger in vagen Aussagen und Zusagen flüchten. Mit ihrem jetzigen Verhalten spielt sie mit den Sorgen und Ängsten der Studierenden und Hochschulmitarbeiter.

## SAARLAND DROHT ZU ENTGLEISEN

# LANDESREGIERUNG BETREIBT KONZEPTLOSE VERKEHRSPOLITIK

Es war das erklärte Ziel der Landesregierung, die Attraktivität des Bahnverkehrs im Saarland zu steigern und die Verbindungen auszubauen. Diesem ist sie bislang jedoch nicht ansatzweise nachgekommen.



**Hubert Ulrich**  
Fraktionsvorsitzender

Wer vom Saarland aus schnell und bequem mit dem Zug in entfernte deutsche Großstädte reisen will, hat schlechte Karten. Strecken in den süddeutschen Raum, Richtung Nordrhein-Westfalen, Berlin und Dresden sind bislang entweder schlecht verbunden oder bleiben sogar ungenutzt.

Bemühungen, daran etwas zu ändern, zeigt die Landesregierung nicht. Mit ihrer Verkehrspolitik schwächt sie sogar den Bahnverkehr. Zwar soll künftig ein IC oder ICE eine wegfallende TGV-Verbindung ersetzen. Dieser wird jedoch lediglich zwischen Saarbrücken und Frankfurt oder Stuttgart verkehren. Eine schnelle Verbindung an entferntere deutsche Großstädte ist nach wie vor Fehlanzeige.

### BAUSTELLE NAHVERKEHR

Was für den Fernverkehr gilt, setzt sich beim grenzüberschreitenden Nahverkehr fort. Ein Beispiel ist die wichtige Nahe-Strecke: Die Landesregierung zeigt keine Bestrebungen, diese in Kooperation mit Rheinland-Pfalz vollständig zu elektrifizieren. Dabei hatte sie sich das in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt.

Diese konzeptlose Verkehrspolitik muss ein Ende haben. Wir fordern von der Landesregierung, sich für den Ausbau der Nah- und Fernverkehrsverbindungen einzusetzen. Sie muss dazu auch die Zusammenarbeit mit Lothringen, Luxemburg und Rheinland-Pfalz verbessern. Wir brauchen ein überregionales Angebot mit grenzüberschreitenden ÖPNV-Tickets.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die stillgelegte Hochwaldbahn wieder in Betrieb zu nehmen. Auf der von Türkismühle bis nach Trier führenden Strecke wird künftig das Eingangstor zum Nationalpark Hunsrück-Hochwald liegen, der im Mai öffnet. Die Hochwaldbahn würde eine ideale und umweltfreundliche ÖPNV-Anbindung an den Park darstellen.

Die Landesregierung muss endlich erkennen, dass eine gute Anbindung an den Schienenverkehr für die Entwicklung des Tourismus<sup>4</sup> und der Wirtschaft im Saarland entscheidend ist.

Hier unsere Anfrage:



[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_1220.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_1220.pdf)

Schienenverkehr in Großregion stärken. Interregionale Zusammenarbeit ausweiten!

## MICHAEL NEYSES, MdL



Michael Neyses, ehemaliger Abgeordneter der Piraten-Fraktion im saarländischen Landtag, hat am 26. Januar 2015 seinen Übertritt in die Grünen-Landtagsfraktion bekannt gegeben. Zu den Gründen für seinen Wechsel erklärt er:

„Für eine erfolgreiche politische Arbeit ist eine professionelle Basis entscheidend. Diese kann die Piratenpartei jedoch nicht mehr bereitstellen. Die Piraten sind auf Landes- wie auch auf Bundesebene auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit. Die Arbeitsgruppen im Landesverband sind zum Erliegen gekommen. Es fehlte mir somit eine arbeitsfähige Grundlage zur politischen Arbeit.“

Das Gegenteil ist bei den Grünen der Fall. Sie bieten eine professionelle Basis für meine weitere Tätigkeit als Abgeordneter. Außerdem gibt es eine große inhaltliche Übereinstimmung zu meinen politischen Zielen. Bereits seit Beginn meiner Arbeit als Abgeordneter hatten meine Redebeiträge im Plenum eine deutlich „grüne“ Tendenz. Dies gilt im Besonderen für die Bereiche Hochschulpolitik, Energie und Verkehr. Der Wechsel in die Grünen-Landtagsfraktion war für mich somit der logische Schritt, damit ich dem Auftrag der Saarländerinnen und Saarländer an mich weiter bestmöglich nachkommen kann.“

### Ausschüsse:

- Eingaben
- Datenschutz und Informationsfreiheit
- Wissenschaft, Forschung und Technologie
- Europaangelegenheiten

**Kontakt:** [M.Neyses@landtag-saar.de](mailto:M.Neyses@landtag-saar.de)



### Aktuelle parlamentarische Anfragen und Anträge der Grünen-Landtagsfraktion:

Af15\_1264 | Quecksilberemissionen durch Kohlekraftwerke im Saarland  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_1264.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1264.pdf)

Af15\_1262 | Einsatz gesundheitsgefährdender Stoffe unter Tage und ihre Auswirkungen auf Bergleute  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_1262.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1262.pdf)

Ag15\_1245 | Französischunterricht in allen Grundschulen ab der 1. Klasse einrichten  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_1245.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_1245.pdf)

Ag15\_1249-Neu | Bestehende Instrumente der Drogenpolitik wissenschaftlich untersuchen  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_1249-Neu.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_1249-Neu.pdf)

Af15\_1184 | Breitbandausbau Saarland  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_1184.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1184.pdf)



### INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne weitere Informationen zur Arbeit im Landtag?

Sie interessieren sich für parlamentarische Anfragen, Anträge und Gesetzentwürfe?

Melden Sie sich einfach unter: 0681 / 5002-508 oder [fraktion@gruene-saar.de](mailto:fraktion@gruene-saar.de)



**SCHENK UNS DEINEN DAUMEN!**

[fb.com/GrueneFraktionSaar](https://www.facebook.com/GrueneFraktionSaar)



IMPRESSUM: Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion  
Landtag des Saarlandes, Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119  
Saarbrücken, Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511  
E-Mail: [fraktion@gruene-saar.de](mailto:fraktion@gruene-saar.de)  
Fotos: Wikipedia, Bündnis 90/Die Grünen